

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 46 (1954)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Droht eine Wirtschaftskrise?  
**Autor:** Weber, Max  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-353638>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# GEWERKSCHAFTLICHE RUNDschau

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES  
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 5 - MAI 1954 - 46. JAHRGANG

---

## Droht eine Wirtschaftskrise ?

Von Prof. Dr. Max Weber

Die jüngere Generation, die vor dem Zweiten Weltkrieg noch nicht im Arbeitsprozeß stand, kennt die wirtschaftliche Krise eigentlich nur vom Hörensagen. Jedenfalls hat sie die Arbeitslosigkeit und deren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die gesamte Wirtschaft nicht *selbst* erfahren, denn seit Kriegsende herrscht in unserem Lande mehr oder weniger Vollbeschäftigung. Große Volkskreise beschäftigen sich deshalb nicht mehr mit dem Krisenproblem, und auch die Vorkehrungen zur Verhütung oder Bekämpfung einer künftigen Krise finden *wenig Interesse*.

Dabei ist die Diskussion über die Gefahr einer neuen Wirtschaftskrise schon seit Monaten im Gang, freilich in der Hauptsache beschränkt auf die Kreise der Volkswirtschaftler. Die ersten Warnungssignale waren in Amerika schon im letzten Sommer zu hören. So hat Prof. G. Haberler in einem Aufsatz über «Die Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten von Amerika»<sup>1</sup>, der im Juli 1953 verfaßt wurde, seine Mutmaßungen in folgende Prognose zusammengefaßt:

Es ist ein Konjunkturrückschlag mit Sicherheit zu erwarten, und zwar eine an sich ernstere Depression als die milde Lagerdepression im Jahre 1948/49. Eine katastrophale Depression wie in den dreißiger Jahren kann jedoch als ausgeschlossen gelten.

Während Prof. Haberler in bezug auf die Möglichkeiten einer Voraussage wie auch in seiner Beurteilung der Lage ziemlich vorsichtig war, hat der englische Professor *Colin Clark* in zwei Artikeln, die er

---

<sup>1</sup> Erschienen in «Außenwirtschaft», herausgegeben vom Schweiz. Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung an der Handels-Hochschule St. Gallen. September 1953. Verlag Francke AG., Bern.

im November des vergangenen Jahres im «Manchester Guardian» veröffentlichte, recht vernehmlich die Sturmglocke geläutet und in bezug auf die amerikanische Wirtschaftsentwicklung von «alarmierenden Möglichkeiten» gesprochen, die auch auf andere Länder ernste Rückwirkungen haben werden, es sei denn, daß sie sich dem durch Währungsabwertung oder weitere Handelsbeschränkungen zu entziehen suchen.

In diesem Aufsatz soll untersucht werden, welcher Wahrscheinlichkeitsgehalt diesen Prophezeiungen zukommen mag. Das bietet aber auch die Gelegenheit, über die gegenwärtige Lage hinaus die Frage zu prüfen, wie weit Voraussagen über den künftigen Konjunkturverlauf auf Grund der heutigen Erkenntnisse gemacht werden können, bzw. welcher Wert diesen beizumessen ist. Vorausgeschickt sei zunächst

### *die Darstellung Colin Clarks.*

Clark geht aus von den Verschiebungen in der Lagerhaltung (inventory cycles), die in der Regel nach kurzer Zeit überwunden werden, sei es, daß sie nicht allgemein sind oder durch andere Faktoren (Staatsausgaben, Steuern) kompensiert werden. Doch wenn das nicht geschieht, könne eine Kettenreaktion entstehen, indem auf andern Gebieten ein Lagerabbau ausgelöst werde. Clark vergleicht die heutige Lage mit derjenigen von 1929. Er hält sie für günstiger als damals, glaubt aber, nur ein radikaler *Abbau der Steuern* im Sommer dieses Jahres könnte eine größere Arbeitslosigkeit verhindern. Die von der Regierung Eisenhower durchgeführte Steuerreduktion genüge nicht, diese müßte ein Mehrfaches ausmachen, und zwar durch Senkung der Konsumsteuern, da das rascher wirke als der Abbau der Einkommens- und Gewinnsteuern. Der Einkommensausfall des Staates sei natürlich *nicht durch Ausgabenkürzung, sondern durch Vermehrung der Schulden* zu kompensieren. Dazu sollten noch Erleichterungen in der Geldversorgung kommen, dagegen könnte nach Clark auf die Arbeitsbeschaffung verzichtet werden, da sie sich viel zu langsam auswirke.

Unverständlich ist, mit welcher Leichtigkeit Prof. Clark davon spricht, die Abwehr Europas gegen eine Krise in Amerika könne in weiterer Währungsabwertung oder in Einfuhrbeschränkungen bestehen, wobei er den ersten Weg als weniger schädlich hält.

Seit dem Erscheinen dieser Prognose haben zahlreiche amerikanische Ökonomen sich dazu geäußert, und unter den Mitgliedern der Statistischen sowie der Ökonomischen Gesellschaft wurde sogar eine Abstimmung vorgenommen über die Beurteilung der Lage. Die große Mehrheit hat dabei die pessimistische Darstellung Clarks abgelehnt, sie ist aber immerhin zum Schluß gelangt, daß der gegenwärtige Einbruch in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten ernster



sei als eine bloße Anpassungserscheinung, es handle sich um eine wirkliche «recession», also um einen Konjunkturrückschlag, jedoch von mäßigem Ausmaß.

Bevor ich auf diese Darstellung näher eintrete, möchte ich die Frage stellen:

### *Welches ist der Wert solcher Voraussagen?*

Wir wissen von andern Gebieten, wie schwierig es ist, Prognosen zu stellen. Es ist der *Meteorologie* noch nicht gelungen, länger als für 24 Stunden den Verlauf des Wetters vorauszusagen, und sogar hier gibt es manche Fehldeutungen, obschon die Wetterkunde schon sehr alt ist und heute ein weltweites Netz von Beobachtungsinstitutionen die Strömungen der Atmosphäre fortwährend verfolgt. Es würde niemandem einfallen, von der Wetterwarte eine einigermaßen stichfeste Voraussage für die nächste Woche oder gar den nächsten Monat zu erwarten.

Oder vergleichen wir mit der *Medizin*, einer sehr alten Wissenschaft. Gewiß, der Arzt kann bei einer bekannten und genügend erforschten Krankheit den *ungefähren* Verlauf ankündigen. Er ist aber völlig im Ungewissen über andere Einflüsse, die sich geltend machen, seien es andere gesundheitliche Schädigungen oder Regenerationskräfte. Er wird daher nur sehr bedingt und verklausuliert eine Prognose wagen.

In der *Wirtschaft* hat man es mit dem Zusammenleben der Menschen und ihrer Vereinigungen zu tun, was noch komplizierter ist als die Veränderungen in der Atmosphäre oder auch das Verhalten des einzelnen Menschen. Allerdings reagiert und entwickelt sich die Wirtschaft langsamer, so daß eine Sicht auf weitere Distanz eher möglich ist als in der Meteorologie und Medizin.

Zu beachten ist ferner, daß die wissenschaftliche Erforschung der Wirtschaft noch verhältnismäßig jung ist. Wohl haben sich schon die Physiokraten, dann *Sismondi* und vor allem *Karl Marx* mit den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen befaßt. Aber eine eigentliche Erforschung der Krisen ist erst im 20. Jahrhundert unternommen worden. Das erste Institut für Konjunkturforschung wurde 1917 in den USA errichtet (das Harvard-Institut, Universität Cambridge, Newyork). Seither sind auch in Europa verschiedene solche Stationen zur Beobachtung des «Wetters in der Wirtschaft» gegründet worden, aber ihre Erfahrungen reichen noch nicht weit zurück. In der Schweiz besteht seit 1932 eine *Kommission für Konjunkturbeobachtung*, die sich jedoch darauf beschränkt, vierteljährlich einen Bericht über den Gang der Wirtschaft herauszugeben.

Schon daraus ergibt sich, daß man gut tut, in den Prophezeiungen über den künftigen Gang der Wirtschaft vorsichtig zu sein. Es sind denn auch schon oft Voraussagen gemacht worden, die ganz daneben-



trafen. Nicht mit Unrecht wird zum Beispiel darauf hingewiesen, daß namhafte Volkswirtschaftler für die Zeit nach Kriegsende zuerst einen kurzen Aufschwung und dann eine schwere Krise erwartet haben.

### *Weshalb ist die Nachkriegskrise nicht eingetreten?*

Die Ausgangslage war 1945 ähnlich wie 1919: Die großen Veränderungen, die der Krieg in der wirtschaftlichen Struktur herbeigeführt hatte, mußten wieder rückgängig gemacht werden; die Produktion war durch den ungeheuren Kriegsbedarf ausgeweitet worden, und wenn auch ein enormer Bedarf vorhanden war, so fehlte doch die Kaufkraft in den verarmten Ländern.

Das Verhalten der Regierungen in den maßgebenden Ländern war jedoch grundverschieden: Nach dem Ersten Weltkrieg überließ man die Umstellung auf die Friedensproduktion völlig der privaten Wirtschaft. Es trat ein scharfer Produktionsrückgang ein, die Arbeitslosigkeit nahm überhand, die Preise brachen zusammen, die Löhne wurden abgebaut — das war der Weg, um die Störung nach dem liberalen Rezept des 19. Jahrhunderts zu überwinden. Er wurde auch noch nach 1929 begangen, bis mit dem Wahlsieg des demokratischen Präsidenten Roosevelt 1932 eine radikale Wendung in der Wirtschaftspolitik Amerikas eintrat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wäre es unmöglich gewesen, diese Eisenbartkur nochmals anzuwenden. Weder die Arbeiter noch die Bauern hätten das ertragen. Es sind vor allem drei Faktoren, die entscheidend waren dafür, daß sich die Katastrophe von 1921/22 mit der damaligen Massenarbeitslosigkeit nicht wiederholte:

1. Ein *Preiszusammenbruch* im Agrarsektor wurde *verhindert* durch große *Preisstützungsaktionen*. Die Inflation in den Vereinigten Staaten wie in andern Ländern setzte sich noch fort, so daß das Preisniveau, wenn auch in langsamerem Tempo, weiter anstieg.

2. Die USA erwiesen sich als großmütiger und kluger Sieger. Sie forderten von den Besiegten *keine Kriegskontributionen* wie früher, sondern unterstützten sie und die Alliierten großzügig beim Wiederaufbau. Dank der *Marshall-Hilfe* vollzog sich die Erholung Europas ziemlich rasch.

3. Die *Rüstungsindustrie* wurde nur *teilweise* abgebaut, da es sich bald zeigte, daß vom Abschluß eines Friedens keine Rede war. Bald setzte eine *neue Aufrüstung* ein.

Diese völlig andere Situation erklärt zur Genüge das Ausbleiben eines großen «slump». Trotzdem war die Vorhersage der Oekonomen nicht völlig falsch. Im Jahre 1948 gab es in Amerika eine Depression, die bis Anfang 1950 dauerte und die das Heer der Arbeitslosen bis auf nahezu 4 Millionen anschwellen ließ. Die Schweiz hat jenen Kriseneinbruch kaum gespürt, da der Beschäftigungsrückgang sich

auf dem Arbeitsmarkt nicht auswirkte, aus Gründen, die ich im Ueberblick über das Wirtschaftsjahr 1953<sup>2</sup> dargelegt habe. Die «Korea-Konjunktur» hat dann vom zweiten Halbjahr 1950 an sämtliche Krisenspuren ausgetilgt, doch seit ungefähr einem Jahr sind sie wieder sichtbar geworden, da die neue Preishausse wieder abflaute und die damals aufgefüllten Warenlager sich vermindert haben.

### *Die heutige Lage der Weltwirtschaft*

In den *Vereinigten Staaten*, die gewöhnlich den Ton angeben für die Konjunktur der Länder, die in freiem Warenverkehr miteinander stehen, hat sich die wirtschaftliche Aktivität seit Beginn des Krieges in Korea fortwährend ausgedehnt bis im Frühjahr des letzten Jahres. Seither ist eine Rückbildung eingetreten, die sich langsam, aber sozusagen ununterbrochen verstärkt hat bis in die letzten Monate.

Die *rückläufige Bewegung* setzte in der Industrie *dauerhafter Konsumgüter* ein (Apparate für Fernsehen, Kühlschränke, Waschmaschinen), da die Nachfrage mit der steigenden Produktion nicht Schritt gehalten hatte. Auch die Erzeugung von Automobilen wurde eingeschränkt, da die Lager noch mit älteren Wagen überfüllt sind. Einzelne dieser Industriezweige verzeichneten eine Schrumpfung von 20 oder noch mehr Prozent. Im Durchschnitt hat sich die industrielle Produktion um 10 Prozent vermindert, was recht bedeutend ist. Die wichtigste Grundstofferzeugung, die Stahlindustrie, hat in den letzten Monaten nur 70 Prozent ihrer Kapazität ausgenützt, während sie vorher voll beschäftigt gewesen war. Sehr hoch ist dagegen nach wie vor die *Bautätigkeit*, die allerdings gewöhnlich hinter der industriellen Konjunktur nachhinkt. Die Zahl der Arbeitslosen, die auch in den besten Jahren nicht unter 1 Million gesunken war, hat sich seit dem letzten Herbst stark ausgedehnt. Sie erreichte im März mit 3,7 Millionen den höchsten Stand. Das sind 6 Prozent der Beschäftigten, was bei uns in der Schweiz als eine schwere Krisenarbeitslosigkeit empfunden würde, doch von der amerikanischen Regierung wird es bis jetzt noch nicht als alarmierend angesehen. Im April ist dank der saisonmäßigen Belebung ein Rückgang der Arbeitslosenzahl auf 3,46 Millionen eingetreten, hauptsächlich im Baugewerbe, während die Flaute in der Industrie anhält.

In *Europa* hat man bis jetzt von der amerikanischen «recession» kaum etwas gespürt. Die Wirtschaftslage in Großbritannien, Frankreich und andern Ländern hat sich eher gebessert. Auch in Westdeutschland geht die kräftige Erholung weiter, wenn auch in langsamerem Tempo. Der internationale Handel hat zugenommen, obschon er immer noch gehemmt wird durch die Zahlungsschwierigkeiten in vielen Staaten.

---

<sup>2</sup> «Gewerkschaftliche Rundschau», Februar 1954.



## *Wie sind die Aussichten zu beurteilen?*

Vor allem muß man sich bewußt sein, daß es kein zuverlässiges Konjunkturbarometer gibt. Die Erkenntnisse, die aus der Beobachtung des früheren Wirtschaftsablaufs gewonnen werden können, reichen nicht aus für eine zuverlässige Prognose. Eine solche ist auch deshalb unmöglich, weil eine Reihe von Faktoren, welche die künftige Entwicklung maßgebend beeinflussen werden, heute noch nicht bekannt sind.

Insbesondere weiß man nicht, welche Maßnahmen die Regierung der USA ergreifen wird, um den Kriseneinbruch zu bekämpfen. Von ihrer *Wirtschafts- und Finanzpolitik* (Preisstützung, Vorratshaltung, Steuern, Rüstungsausgaben usw.) hängt vieles ab. Ein weiterer unbekannter Faktor ist das Verhalten der privaten Wirtschaft und des Publikums, das, was man als die «*Stimmung*» der Wirtschaft bezeichnen kann. Bisher ist diese Stimmung optimistisch. Das kommt namentlich auch an der Börse zum Ausdruck, wo die *Aktienkurse* Rekordhöhen erklommen haben, was nur zum Teil mit den gesunkenen Zinssätzen zu erklären ist. Schließlich ist auch der Gang der internationalen Politik und die Gefahr weiterer Verwicklungen nicht vorauszusehen.

Es ist daher sehr gewagt, *auf längere Zeit*, das heißt für mehr als ein halbes Jahr, den Konjunkturverlauf anzugeben. Die bisherigen Erfahrungen haben auch gelehrt, daß jede Wirtschaftskrise ihr besonderes Gesicht, ihre charakteristischen Merkmale hat und daß sie auch in jedem Land eine eigene Entwicklung nimmt. Ich will mich deshalb hier darauf beschränken, die Symptome anzugeben, die für einen scharfen Kriseneinbruch sprechen, und auch jene Faktoren, die in umgekehrter Richtung wirken können.

### *Krisensymptome*

Die *Rüstung* ist zwar nach dem Koreakrieg nicht eingestellt, aber doch *eingeschränkt* worden, und es sind weitere Abbaumaßnahmen geplant, die für eine Reihe von Industrien Umstellungsschwierigkeiten bringen. Die republikanische Regierung hat überdies massive Einsparungen versprochen, und es sollen im nächsten Finanzjahr etwa 12 Milliarden Dollar weniger ausgegeben werden. Das hat natürlich eine *depressive* Wirkung; auf jeden Fall wird dadurch der belebende Effekt, den die Steuersenkung haben sollte, aufgewogen. Die leicht inflatorischen Einflüsse, die in den letzten Jahren von der staatlichen Finanzpolitik ausgingen, hören auf.

Die *Rohstoff- und Nahrungsmittelproduktion* ist in einem Ausmaß vermehrt worden, daß sie den normalen Bedarf übersteigt, sobald die Anlegung von Vorräten aufhört. Vor allem ist für die wichtigsten Produkte der Landwirtschaft die Lage sehr kritisch geworden, da

schon gewaltige Lager an Weizen, Milchprodukten, Baumwolle, Tabak vorhanden sind, die nicht verkäuflich sind. Es bewahrheitet sich auch hier wieder wie in unserem Lande, daß eine Preisgarantie verbunden sein muß mit einer *Produktionsregelung*, sonst macht sie Fiasko.

Die lang andauernde Hochkonjunktur mit ihren großen Gewinnchancen hat den Ausbau des Produktionsapparates stark gefördert. Die Investitionen und damit die Erzeugungskapazität sind rascher gewachsen als die Kaufkraft der Konsumenten. Deshalb hat sich eine Ueberproduktion oder ein Unterkonsum an dauerhaften Gütern ergeben. Die Normalisierung der Investitionstätigkeit wird ebenfalls Störungen zur Folge haben.

Diese Merkmale wirken jedoch nicht eindeutig, sondern es gibt daneben auch

### *der Krise entgegenwirkende Faktoren.*

Auch jetzt ist die Lage noch wesentlich verschieden von derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg. Von einer völligen *Abrüstung* ist keine Rede, ja es ist denkbar, daß der weiter andauernde kalte Krieg zu neuer Rüstungs- und Vorratspolitik führt.

Ebensowenig ist mit einer *Deflationspolitik* zu rechnen wie in den Jahren 1920/21 und 1930/32. Die amerikanische Regierung hat zwar gemäß den liberalen Richtlinien, die im Wahlkampf vertreten wurden, von einer Annäherung der Agrarpreise an die Marktlage gesprochen. Doch sie wird es nicht wagen, zu einer wesentlichen Einkommensenkung der Farmer Hand zu bieten, da sie sonst bei den Kongreßwahlen im Herbst ihre ohnehin gefährdete Mehrheit ganz sicher verlieren würde. Auch eine Kampagne zur Senkung der Löhne kann sie sich heute nicht leisten.

Die Lage ist gegenüber den beiden großen Krisen in der Zwischenkriegszeit auch insofern günstiger, als das *Volkseinkommen etwas besser verteilt* ist. Es gibt heute eine Arbeitslosen- und eine Altersversicherung, wenn sie auch noch nicht allgemein und genügend ausgebaut sind. Die Kaufkraft der breiten Massen wird dadurch selbst in einer Krisenzeit etwas gestützt.

Schließlich ist die *Konjunktur in Europa* relativ günstig und weniger anfällig als in den dreißiger Jahren, als die Kredit- und Währungskrise wesentlich zur Verschärfung der Lage beitrug. Freilich, wenn die europäischen Staaten als Krisenabwehr zum Rezept *Clarks* greifen und wieder einen Abwertungswettlauf unternehmen würden, dann hätten wir bald chaotische Zustände.

Bei Abwägung der für und gegen eine Krisenausweitung sprechenden Faktoren wird man folgenden Schluß ziehen können: Der Konjunkturückschlag in den Vereinigten Staaten ist nicht bloß eine Folge des Lagerabbaus, wie das in offiziellen Kreisen Washingtons



vertreten wird, sondern es handelt sich um einen *ernsteren Krisen-einbruch, verursacht durch Disproportionen zwischen Produktion und Konsum*. Es wird einige Zeit brauchen, bis das Gleichgewicht wieder gefunden wird; doch ist eine Verschärfung wie in den letzten großen Krisen nicht wahrscheinlich, wenn nicht deflatorische Maßnahmen ergriffen werden. Der weitere Verlauf wird wesentlich, ja entscheidend beeinflusst werden durch

### *die staatliche Krisenpolitik.*

Die Regierung Eisenhower nahm die Lage bisher nicht sehr ernst. Sie wollte das Frühjahr abwarten, von dem eine Ueberwindung des Einbruchs erwartet wurde. Die Wiederbelebung war aber bisher nicht sehr kräftig, und die amerikanischen Gewerkschaften fordern daher ein energisches Eingreifen der Behörden mit Arbeitsbeschaffung, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Die Regierung hat bisher zweierlei Maßnahmen angeordnet:

In der *Kreditpolitik* wurden Erleichterungen geboten. Der offizielle Zinssatz der Notenbanken wurde ermäßigt. Ferner wurde durch Herabsetzung der Pflichtreserven der privaten Banken und durch Ankauf von Staatsobligationen die Flüssigkeit des Geld- und Kapitalmarktes gefördert. Im weitem erfolgte zu Beginn des Jahres eine bescheidene *Steuersenkung*. Nach der Auffassung Colin Clarks sollte dieser Steuerabbau wenigstens viermal so groß sein (20 Milliarden Dollar) und natürlich nicht durch Ausgabenbeschränkung aufgehoben werden, um von den Konsumenten her den nötigen Impuls zu geben zur Ueberwindung der «recession».

Die *Stützung der landwirtschaftlichen Preise* wird offenbar fortgesetzt, obwohl es ganz unerfindlich ist, wie die Ueberschüsse weggebracht werden, wenn nicht eine *Drosselung der Produktion* oder eine Versenkung oder Vernichtung großer Lager vorgenommen wird. Dagegen wurde die staatliche Arbeitsbeschaffung bisher abgelehnt.

Wenn Clark, wie eingangs erwähnt, auf die Arbeitsbeschaffung als einem «old-fashioned remedy» (veraltetes Mittel) verzichten will, so hat er meines Erachtens nur insofern recht, als damit nicht eine *sofortige* Wirkung erzielt wird. Kredit- und Steuerpolitik (bei Verbrauchssteuern) können in den Anfängen einer rückläufigen Konjunktur unter Umständen rasch Gegenkräfte erzeugen. Wenn jedoch die Krise *ausgebrochen* und größere Arbeitslosigkeit *vorhanden* ist, sind diese Mittel zu schwach. Denn bei schrumpfendem Konsum ist es nicht verlockend, Fabriken zu bauen, auch wenn das Kapital billiger erhältlich ist und die Steuern niedriger sind. Dann muß die fehlende Investitionstätigkeit durch den Staat ausgeglichen werden, sei es durch eigene Aufträge, sei es durch Subventionierung privater Arbeiten.

Das eine ist jedenfalls sicher: Die Menschen stehen einer wirtschaftlichen Krise nicht mehr wie einer Naturgewalt gegenüber, wie man das noch vor wenigen Jahrzehnten darzustellen beliebte. Es ist heute von der Wissenschaft wie auch von den fortschrittlich denkenden Wirtschaftspolitikern anerkannt, daß es *zahlreiche Mittel der Krisenvorbeugung und der Krisenbekämpfung* gibt. Die Instrumente sind einigermaßen bekannt, wenn auch ihre Anwendung noch zu wenig erprobt ist. Es ist daher noch eine gewisse Vorsicht geboten bei Experimenten mit einzelnen Mitteln. Das heißt nicht, daß man *nichts* unternehmen soll. Im Gegenteil — und das gilt auch für Europa —, die wirtschaftliche Entwicklung muß ständig genau verfolgt werden, und es müssen alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden, damit eine wirksame Prophylaxe und Therapie im richtigen Moment vorgenommen werden kann.

## «Recession» und Gewerkschaften in den USA

Seit Monaten wird in den Vereinigten Staaten über die «Recession» — wie man im modernsten Englisch eine Wirtschaftsschrumpfung nennt, die noch oder überhaupt keine schwere Depression ist — diskutiert. Ueber die Diskussion hinaus ist freilich die Reaktion auf eine zweifellos vorhandene Wirtschaftsschrumpfung, eine Einschränkung der Wirtschaftstätigkeit und einen Produktionsrückgang auf der einen, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite, nicht gediehen.

### *Anpassung an die Friedenswirtschaft — zu große Vorräte — baldiger Wiederaufschwung*

Die erste Frage, die einige Wochen lang erörtert wurde, war: Haben wir es im gegenwärtigen Augenblick überhaupt mit einer Recession zu tun? Ist der Produktionsrückgang nicht viel mehr der Ausdruck einer gesunden Anpassung an das Ende des Krieges in Korea und das Auslaufen des großen Aufrüstungsprogramms, das selbst eingetreten wäre, wenn der Krieg in Korea nicht zu Ende gegangen wäre?

Dieses erste Stadium, das immerhin zwei kostbare Monate — November und Dezember 1953 — gekostet hat, ist vorüber. Die Tatsache einer Wirtschaftsschrumpfung wird kaum mehr bestritten. Es steht fest, daß die Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten von Juli 1953 bis Februar 1954 um mehr als 10 Prozent zurückgegangen ist. Es steht ebenso fest, daß die Arbeitslosigkeit um mehr als 50 Prozent größer ist als vor einem Jahr, daß die Gesamtsumme der persön-